

**Wählergruppierung statt Partei** Bei den Kommunalwahlen in Städten und Gemeinden buhlen nicht nur CSU, Grüne oder SPD um Stimmen. Auch Frauenlisten, Junge Listen, Studentenlisten und andere Gruppen treten an, die jenseits der Ortsgrenzen kaum einer kennt. Diese Zersplitterung der Interessen hat über die Kommunalpolitik hinaus weitreichende Folgen, warnt eine Expertin

# Wirrwarr auf dem Wahlzettel

Freie Wählergruppierungen machen den etablierten Parteien Konkurrenz: In Oberhaching treten gleich vier von ihnen an

VON FRIEDERIKE ZOE GRASSHOFF

Der Wähler wird wählerischer, das Angebot größer, die Kandidaten bunter. Wenn Bergler oder Dachauer, Neubiberger oder Oberhachinger, Pullacher oder Emmeringer am 16. März die Stimmzettel zur Kommunalwahl in den Händen halten, ist das Angebot an etablierten Parteien und unabhängigen Wählergruppen mancherorts etwas unübersichtlich.

Ob um einen Supermarkt in der Ortsmitte gestritten wird, Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen kämpfen oder Münchner nicht mehr die Hälfte ihres Einkommens für die Miete ausgeben wollen: Der Drang zur Mitbestimmung in den Kommunen wächst – auch in der Großstadt. Mancherorts herrschen nahezu chaotische Verhältnisse.

Ein Beispiel aus der Gemeinde Oberhaching im Landkreis München, wo unabhängige Wählergruppen eine lange Tradition haben: Die „Wählergemeinschaft Oberhaching“ (WGO) ist seit 1952 ununterbrochen im Gemeinderat vertreten und arbeitet eng mit der Listenverbindung „Bürgervereinigung Oberhaching (BVO)/ Interessengemeinschaft Gemeinde Oberhaching/Altgemeinde Oberbiberg (IGAO)“ zusammen, bei der WGO ist gar von einer „Seelenverwandtschaft“ die Rede. Der stellvertretende Vorsitzende der „Gruppierung Freie Bürger“ dagegen bezeichnet die Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen als „problematisch“: Die anderen Wählergruppen stünden der Rathauspolitik des CSU-Bürgermeisters nicht kritisch genug gegenüber.

Und es geht noch weiter: 2010 ist eine weitere Wählergruppe entstanden, die Vereinigten Freien Wähler Oberhaching (VFWO). Und das gefällt nicht allen. Während es aus der traditionsreichen WGO heißt, die neue Gruppe sei „überflüssig“ und vertrete „relativ moderne Ansichten“, die mit der Oberhachinger Praxis nicht zusammenhängen, liegen die Freien Bürger ohnehin auf „Konfliktkurs“ mit dieser Gruppierung. Um das Chaos perfekt zu machen: Der Mitbegründer der VFWO, Markus Franklin, war früher selbst bei den Freien Bürgern, und sah nach internen Streitigkeiten die Zeit für einen Neuanfang gekommen. Gemeinde Oberhaching – ein Wahnsinn aus Abkürzungen, Schrägstrichen und persönlichen Animositäten.

## Die drei freien Wählergruppen in Berglern eint ein Ziel: die Verhinderung der Startbahn

60 Kilometer weiter nördlich geht es etwas friedlicher zu. Die drei freien Wählergruppen in der 2600-Einwohner-Gemeinde Berglern im Landkreis Erding eint ein Ziel: Die Verhinderung der dritten Start- und Landebahn des Münchner Flughafens. Der amtierende Bürgermeister Herbert Knur trat vor zweieinhalb Jahren mit viel Getöse aus der CSU aus, nachdem Ministerpräsident Horst Seehofer sich auf eine dritte Startbahn festgelegt hatte. Nicht nur Knur war plötzlich weg; der gesamte Vorstand des CSU-Ortsverbandes folgte ihm – und Knur gründete die Parteionabhängigen Berglerner (PUB). Neben PUB tre-

ten in Berglern zwei weitere parteifreie Gruppen an, die Berglerner Bürgerliste und die Freie Wählergemeinschaft Berglern. Fragt man bei Vertretern der Gruppierungen nach, wie sich die Zusammenarbeit gestaltet, kriegt man zu hören: „Von den Zielen unterscheiden wir uns wenig.“ Oder: „Wir haben eigentlich das gleiche Wahlprogramm, aber andere Köpfe.“

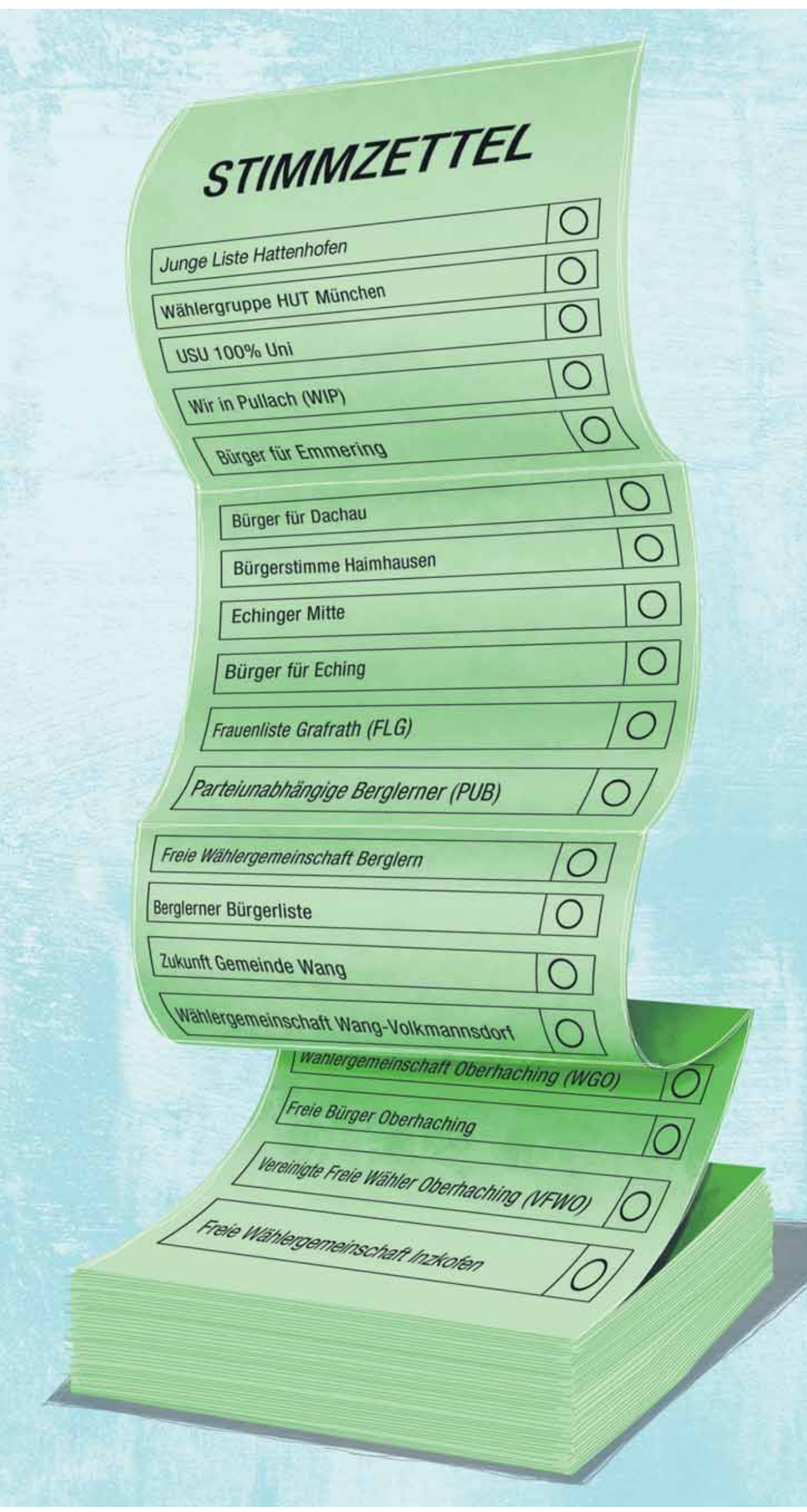
Die Liste der unabhängigen Vereinigungen, die bei dieser Kommunalwahl antreten, ist lang – und bisweilen skurril. Allein für das Amt des Oberbürgermeisters bewerben sich in München zwölf Kandidaten – doppelt so viele wie noch 2008. Darunter ist auch der Wirt, Türsteher und Sozialarbeiter Wolfgang Zeilhofer-Rath, Initiator und Spitzenkandidat der Wählergruppe HUT, die von einer Reihe von Bürgerinitiativen aus der Stadt mitgetragen wird. Hinzu kommen in München 14 Stadtratslisten, das sind drei mehr als vor sechs Jahren.

## Kandidaten, die von ihrer Partei nicht mehr aufgestellt werden, treten unter neuer Flagge an

Auch abseits der Großstadt finden sich mitunter ungewöhnliche Gruppierungen: In Fürstentfeldbruck sorgt die Frauenliste Grafrath für Aufsehen. Andersorts haben sich Mitglieder eines Burschenvereins beim Weißwurstfrühstück überlegt, mit einer Jungen Liste den Hattenhofener Gemeinderat zu verjüngen. In Dachau – der Stadtrat besteht aktuell bereits aus sieben Fraktionen – hat der ehemalige SPDler und Stadtrat Horst Ullmann eine Wählergruppe namens Bürger für Dachau gegründet. Nachdem ihm wegen parteiinterner Differenzen der Parteiausschluss drohte, suchte er sich lieber selbst eine neue politische Heimat. In Dachau ist Ullmann nicht irgendwer, als Besitzer eines Trachtengeschäfts hat er Fans.

Eine ganz ähnliche Trotzgeschichte hat sich in der Gemeinde Emmering im Landkreis Ebersberg abgespielt: Nachdem der bisherige CSU-Bürgermeister Max Meier von seiner Partei nicht mehr aufgestellt worden war, trat er bei den Christsozialen aus und gründete die Bürger für Emmering. Die Anzahl der erforderlichen Unterstützerunterschriften, die sich gesetzlich an der Einwohnerzahl orientiert, hatte er schnell zusammen.

Das Phänomen in München, Fürstentfeldbruck und Berglern ist das gleiche: Politisch interessierte Menschen sagen sich von gewohnten Parteistrukturen los – und bauen neue auf. Während Bundes- und Europapolitik vielen Wählern undurchsichtig und nur bedingt steuerbar erscheint, sind die Probleme vor der eigenen Haustür greifbar. Jeder, der einigermaßen sesshaft geworden ist und nicht alle zwei Jahre Job und Postleitzahl wechselt, ist direkt davon betroffen, wenn um 20 Uhr keine Busse mehr fahren, das Rathaus saniert wird oder Flugzeuglärm die teuer erkaufte Idylle stört. Je enger man sich an einen Ort bindet, desto mehr wächst die Identifikation, desto fassbarer werden die politischen Entscheidungsprozesse, desto realistischer die Aussicht auf politische Beteiligung. Mal sehen, wie der Abkürzungswahnsinn bei den nächsten Kommunalwahlen im Jahr 2020 ausfällt.



# Verlorener Anschluss

Ursula Münch hält die Abkehr von den Parteien für problematisch

Die Politikwissenschaftlerin Ursula Münch über den Trend zu unabhängigen Wählergruppen.

**SZ: Die Wahlzettel in vielen Gemeinden werden diesmal etwas größer ausfallen.** Ursula Münch: Das stimmt. Schon bei den letzten Kommunalwahlen 2008 hatten wir einen deutlichen Anstieg, weniger in den größeren Städten, aber ganz stark in den kleineren Gemeinden, wo 40 Prozent der angetretenen Organisationen schon freie Wählergruppen waren. Dieser Trend setzt sich bei dieser Wahl fort und dehnt sich offenbar auch auf die größeren Städte aus.

## Woran liegt das?

Das hat sehr stark mit der Unzufriedenheit der Bürger mit den etablierten Parteien zu tun. Viele haben das Gefühl, dass diese auch auf kommunaler Ebene Parteipolitik machen statt Sachpolitik. Die Menschen wollen vor Ort aber keinen Kampf SPD gegen CSU, sondern sie wollen, dass konkrete Probleme behandelt und gelöst werden. Aus dieser Unzufriedenheit heraus gründen die Bürger Wählergruppen.

## Die Menschen interessieren sich oft nicht mehr für Politik im Allgemeinen, aber sehr stark für ganz spezielle Themen, die sie direkt betreffen.

Es gibt in der gesamten Gesellschaft einen Trend zur Individualisierung, der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien betrifft. Dieser Trend wirkt sich auch hier aus: Wir haben mehr kleine Bürgerinitiativen und Gruppen, die sich spontan bilden, und die haben auch andere Interessen bei den Kommunalwahlen. Das sieht man gerade ganz gut in München bei der Wählergruppe HUT, die sich dezidiert zum Sprecher verschiedener Bürgerinitiativen macht.

## Geht dabei nicht der Blick für das Gemeinwohl verloren?

In der Kommunalpolitik ist es legitim, dass diese Vor-Ort-Interessen einen Raum haben. Ich würde das nicht negativ sehen, es spricht ja dafür, dass sich die Leute für etwas interessieren, und sei es auch nur für das, was buchstäblich vor der eigenen Haustür stattfindet. Das Interessante aber ist, dass man sich mit diesen Interessen offenbar nicht mehr in Parteien beheimatet fühlt. Das müsste den Parteien große Sorgen machen. Denn es hat Konsequenzen für das gesamte politische System.

## Inwiefern?

Es bedeutet, dass wir eine große Trennung zwischen der bundes- und landespolitischen Ebene auf der einen Seite und der kommunalpolitischen auf der anderen haben. Die Akteure haben nicht mehr viel miteinander zu tun. Das ist weit mehr als ein rein kommunalpolitisches Problem. Die Parteien haben eine Art Scharnierfunktion zwischen den Ebenen, und die verlieren sie. Das wirkt sich für beide Seiten negativ aus: Den Parteien fehlt der Rückhalt vor Ort, und den kleinen Gruppierungen die Verbindung hinein in die Landespolitik.

## Was können die Parteien tun, um diese Entwicklung zu stoppen?

Das ist eine schwierige Frage: Die schwindende Attraktivität der Parteien hat viel mit Personen zu tun. Zumindest in den kleineren Gemeinden fällt es den Parteien schwer, attraktive Kandidaten zu finden oder überhaupt Menschen, die bereit sind, sich politisch zu engagieren. Der zweite Ansatz wäre: weniger Ideologie und mehr konkrete Problemlösung.

## Verändern die neuen Gruppierungen die Arbeit in den kommunalen Gremien?

Es zerfällt ein wenig. Es wird schwieriger, innerhalb eines Stadtrats oder Gemeinderats Mehrheiten zu bekommen, wenn es immer mehr kleine Gruppierungen gibt, die kein übergreifendes Programm haben, sondern in erster Linie ihre eigenen Themen behandeln. Das ist meines Erachtens nicht unproblematisch. Eine Fünf-Prozent-Hürde wäre aber auf kommunaler Ebene sicher nicht gerechtfertigt.

**Die neuen Gruppen haben auch einen positiven Effekt. Sie mobilisieren vielleicht Wähler, die bisher nicht gewählt haben.** Das ist die positive Kehrseite. Es könnte sein, dass gerade in Städten, wo die Wahlbeteiligung generell niedriger ist als auf dem Land, neue Wähler gewonnen werden. Das hat man am Beispiel HUT ja auch schon bei den Unterstützerunterschriften gesehen. Aber ganz ehrlich: Eine höhere Wahlbeteiligung, die dann zu schwierigeren Verhältnissen in den Gremien führt, ist auch nicht der reine Gewinn.

INTERVIEW: MARTIN HAMMER



Ursula Münch, 1961 in Esslingen geboren, ist seit dem Jahr 1999 Professorin für Innenpolitik und Vergleichende Regierungslehre an der Bundeswehr-Universität, seit 2011 leitet sie die Akademie für Politische Bildung in Tutzing. FOTO: DPA

# Frauen, Burschen, Offiziere

Die einen wollen politische Fronten befrieden, die anderen den Gemeinderat verjüngen – drei Wählergruppen aus den Landkreisen

## Gegen das Männergezanke

**Frauenliste Grafrath:** Männer dürfen Mitglied werden, doch die Gemeinderatsliste ist tabu: Als sich im Mai 2013 im 3500-Einwohner-Dorf Grafrath die Frauenliste Grafrath (FLG) gründete, herrschte Skepsis im Landkreis Fürstentfeldbruck. Lokalpolitikerinnen distanzieren sich, Bürger schicken zynische Leserbriefe. „Die Kritik kam aber fast ausschließlich von Männern, meistens von den langjährigen Gemeinderäten“, sagt Susana Wiedmann, zweite Vorsitzende der FLG, 44, selbständige Floristin. Letztendlich bekam die FLG 140 Unterstützerunterschriften aus der Bevölkerung, 60 mehr als benötigt. Mittlerweile wird der Verein auch von Männern unterstützt. Um feministische Positionen geht es den 30 zahlenden Mitgliedern, von denen 16 auf der Gemeinderatsliste kandidieren, aber nicht. Seit vielen Jahren wird in Grafrath um die Bebauung des Klosterwirt-Geländes gestritten, im Dorf haben sich zwei Fronten gebildet. „Der Gemeinderat blockiert sich, das ist uns auf den Wecker gegangen. Es kann nicht sein, dass andere Themen brach liegen, wir wollen Konsens und einen Neuanfang“, erklärt Wiedmann die Hauptintention der FLG. Frauen seien weniger extrovertiert, „nicht ganz so sehr auf die eigene Darstellung bedacht“ – und könnten Konflikte befrieden. Die FLG ist auf Facebook aktiv, twittert und hofft auf drei Plätze im Gemeinderat, der sich derzeit aus elf Männern und fünf Frauen zusammensetzt.



Susana Wiedmann (großes Bild vorne rechts) von der Frauenliste Grafrath, Timo Wickenrieder von der Jungen Liste Hattenhofen und Sebastian Pflumm und Robin Pi-vetta von der Liste 100 % Uni USU (von links) stellen sich zur Wahl. FOTOS: J. SIMON, OH

## Aus dem Boden gestampft

**Junge Liste Hattenhofen:** Es begann mit einem Weißwurstfrühstück. Als Timo Wickenrieder am 24. Dezember 2013 wie jedes Jahr an Heiligabend mit seinen Freunden vom Burschenverein im Wirtshaus zusammensitzte, ist da plötzlich der Wille zum politischen Engagement. „Aus der Laune heraus haben wir gesagt: Lasst uns doch mal etwas machen!“, erzählt der Kfz-Meister, der im 1500-Einwohner-Dorf Hattenhofen im Landkreis Fürstentfeldbruck aufgewachsen ist, vor ein paar Jahren der CSU beitrug und nun auf dem ersten Listenplatz für die Junge Liste Hattenhofen/Haspelmoor kandidiert. Mit 29 ist er der Älteste der Gruppe; mittlerweile hat die Junge Liste 20 Mitglieder zwischen 18 und 29 Jahren, sechs Männer und vier Frauen kandidieren für den Gemeinderat. Sie kennen sich schon ewig, sie sind Freunde. Nach dem Weißwurstfrühstück musste dann alles ganz schnell gehen, zehn Tage später fand die Gründungsversammlung statt, am Stichtag Anfang Februar hatte die Wählergemeinschaft 78 Unterstützerunterschriften zusammen. „Wir wollen Personen im Gemeinderat, die einen Bezug zur Jugend haben. Der Dialog mit den alten Hasen ist ganz wichtig“, sagt Wickenrieder. Die Gruppierung unterstützt laut Wahlprogramm die Ansiedlung von Gewerbe und will Arbeitsplätze vor Ort erhalten. Und: „Wir wollen nicht die Schulden der vorherigen Generation tragen.“ In erster Linie geht es aber ums Dabeisein.

## Offizier mit Visionen

**100 % Uni USU:** Sebastian Pflumm hat zwar nie demonstriert, doch er ist mit Kommunalpolitik groß geworden: Sein Vater sitzt für die Freien Wähler im Gemeinderat im baden-württembergischen Biesingen. „Da war teilweise wirklich Rambazama“, sagt Pflumm amüsiert – zum Beispiel bei Debatten um „irgendwelche Ackergebiete und Waldstücke“. Seit ein paar Monaten ist das auch seine Welt, gedanklich beschäftigen ihn Gewerbeansiedlungen und schlecht beleuchtete U-Bahnhöfe in Neubiberger – das wahre Leben also. Pflumm ist 22 Jahre alt und seit Juli 2013 Vorsitzender der Überparteilichen Wählervereinigung der Studenten an der Universität der Bundeswehr München, in Kurzform: 100 % Uni USU. Die Gruppierung hat 20 aktive Mitglieder und ist bis auf zwei Ausnahmen ein Männerverein. Seit ihrer Gründung im Jahr 1984 ist die Gruppe im Neubiberger Gemeinderat vertreten, derzeit mit einem Sitz. Pflumm studiert Management und Medien, ist seit ein paar Monaten Offizier und kam über seinen Bekanntenkreis zur USU. Falls er in den Gemeinderat gewählt wird, wolle er die Infrastruktur rund um den Campus verbessern und den Standort für Unternehmen attraktiver machen, sagt Pflumm. Die kommunale Verkehrsüberwachung halte er für überzogen. Am wichtigsten ist ihm die Integration der Studenten in Neubiberger: „Auch wenn viele nur vier Jahre hier leben – ich fühle mich heimisch.“ FRIEDERIKE ZOE GRASSHOFF

